

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/artikel/1634171>

Veröffentlicht am: 18.01.2019 um 18:07 Uhr

Komplettverlegung in Bad Essen wird abgelehnt

Bürgerinitiative sieht keine Notwendigkeit für Projekt B 65 neu

von Redaktion



Bad Essen. Weiter aktiv bleiben und Flagge zeigen will die Bürgerinitiative „Stoppt die B 65 neu“. Auch wenn es momentan nicht nach einer baldigen Trassenverlegung aussieht, soll der Druck dennoch aufrecht erhalten werden, wurde in der Mitgliederversammlung im Hotel Höger betont.

Die Initiative lädt nicht nur regelmäßig zum „Schnatgang“ ein, um die Auswirkungen einer Trasse entlang der „Meldelinie“, wie sie für den Bundesverkehrswegeplan zugrunde gelegt ist, deutlich zu machen. Der Lenkungskreis der Bürgerinitiative hatte am Donnerstag gleich mehrere Referenten eingeladen, die die Mitglieder mit Hintergrundinformationen versorgten und über neue Entwicklungen aufklärten.

So betonte Kreisrat Dr. Winfried Wilkens, die Position des Landkreises sei unverändert: Die Meldelinie und jede Art der Komplettverlegung der B 65 werde weiter abgelehnt, eine Ortsumgehung für Wehrendorf werde jedoch begrüßt. Östlich von Wehrendorf sei zu klären, wo überhaupt Ausbaubedarf besteht - aber ausgehend von der Bestands-Trasse, nicht von der Meldelinie.

Man sei gerade dabei, an Straßen NRW (die zuständige Behörde auf nordrhein-westfälischer Seite) zu schreiben, um schon einmal „Akzente zu setzen“: „Wenn ihr da drüben in die Planung eures Teils einsteigt, dann nehmt zur Kenntnis, dass ihr den Übergabepunkt auf der Bestands-Trasse und nicht auf der Meldelinie setzt, sodass wir davon nicht berührt werden.“ Es sei nicht ganz einfach, von NRW-Seite, wo die Verlegung der B 65 als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft sei, Informationen zu bekommen, sagte Wilkens.

Keine Beschleunigung

Aber „es klingt so, als ob der Einstieg in die Umweltverträglichkeitsprüfung möglicherweise in zwei Jahren erfolgen könnte“. Danach sehe es auf niedersächsischer Seite bei Weitem nicht aus. Zuvor hatte bereits Dr.

Lutz Mardorf vom Lenkungskreis an den Besuch des Ministerpräsidenten Stephan Weil in Bad Essen erinnert, bei dem er gesagt habe, andere Verkehrsprojekte in Niedersachsen seien wichtiger als das Projekt B 65 neu. Außerdem, so Wilkens, sei die „Behördenlandschaft“ (sprich: die Landesstraßenbauverwaltung) wegen der Neuordnung der Fernstraßenverwaltung gerade dabei, sich grundlegend zu verändern. Beschleunigend werde sich das sicher nicht auswirken: „Für die Menschen in Wehrendorf keine schönen Aussichten, für die, die Angst haben, dass die Meldelinie doch Grundlage der Planung wird, ein Aufschub“, so die Interpretation des Kreisrats.

Das Ende 2018 in Kraft getretene Planungsbeschleunigungsgesetz, das Wilkens in seinen Grundzügen kurz vorstellte, werde nach seiner Einschätzung dagegen auf den Beginn der Planungen keinen Einfluss haben - höchstens auf die verwaltungstechnische Ausführung.

„Kein konkretes Datum“

Die Informationen von Bürgermeister Timo Natemeyer ließen ebenfalls auf keine beschleunigte Umsetzung schließen. Im Gegenteil. Sein Bohmter Amtskollege Klaus Goedejohann habe aus Düsseldorf erfahren, dass die von Pr. Oldendorf ersehnte Verlegung der B 65 im Moment auf Eis liege, berichtete Natemeyer: „Keine Ressourcen, kein konkretes Datum, wann mit den Planungen begonnen werden kann“. Und Mitte der 2020er Jahre werde ja bereits wieder über den nächsten Verkehrswegeplan gesprochen, „das wird die Gelegenheit sein, darüber zu diskutieren und dafür zu sorgen, dass die Meldelinie dann wekommt“. Außerdem teilte Natemeyer mit, dass der Bohmter Gemeinderat gerade einen Beschluss gefasst habe, jede Planung einer neuen Trassenführung durch das Gemeindegebiet abzulehnen.

Nein zu Neutrassierung

Als Geschäftsführer des Wasserverbands Wittlage sprach sich auch Uwe Bühning eindeutig gegen eine Neutrassierung der B 65 aus, die mitten durch das Trinkwasserversorgungsgebiet Harpenfeld führen würde. Das Gebiet habe „eine besondere Bedeutung für die Frischwasserversorgung im Wittlager Land“, und wie wichtig eine gesicherte Wasserversorgung sei, habe man im vergangenen Hitzesommer gerade erleben können. Geplant sei, das 2308 Hektar große Areal als Wasserschutzgebiet ausweisen zu lassen. Vor 2021 sei damit allerdings nicht zu rechnen. Bühning betonte, eine Fernstraße, die ein Trinkwasserversorgungsgebiet durchschneide, berge eine ganze Reihe von Gefahren, unter anderem die Freilegung des oberflächennahen Grundwassers durch die umfangreichen Erdarbeiten und mögliche Schadstoffeinträge. „Aus fachlicher Sicht können wir da nicht zustimmen.“

Auch aus Sicht des Natur- und Tierschutzes gebe es erhebliche Bedenken, machte Dr. Birgit Ten Thoren mit ihrem Referat über „Lärmsensible Tierarten im Bereich der geplanten Trasse“ deutlich. Mit den Ländereien um Hünnefeld und Schloss Ippenbürg zerschneide die neue Trasse zwei besonders artenreiche Habitate: Die Auswirkungen auf die Fauna wären enorm.

„Bis auf die Priorität für Wehrendorf gibt es keine Notwendigkeit für das Projekt“, zog Philip Freiherr von dem Bussche das allgemeine Fazit dieser Mitgliederversammlung und warnte davor, den Protest einzustellen: „Der Plan ist nach wie vor gültig, die Linie ist nach wie vor Grundlage einer Planung. Es lohnt sich, sich weiter einzusetzen.“

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.